

# Bildungspolitik



Plakat



Bildung hat für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben eine enorme Bedeutung. Wir wollen ein **offenes Bildungssystem**: ausfinanziert, demokratisiert und zugänglich für alle!

Bildung meint die kritische Aneignung unserer Welt, um diese als lebendiger Teil einer demokratischen Gesellschaft mitzugestalten. Bildung muss ganz im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden zu verstehen sein.

### **Zugang zur Bildung für Refugees!**

Der Zugang für geflüchtete Jugendliche zur Bildung muss auch in Baden-Württemberg gesichert werden, inklusive umfassende Unterstützung beim Erlernen der Sprache und der Finanzierung.



**Bildungsgebühren**, wie zum Beispiel Studiengebühren und kostenpflichtige Eignungstests für die Zulassung an Hochschulen, lehnen wir ab; genauso wie schlecht bezahlte Ausbildungsplätze. Das Land ist in der Pflicht, Schulen und Hochschulen vollständig aus der öffentlichen Hand zu finanzieren und Ausstattung und Gebäude in einem guten Zustand zu halten.

Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für eine drastische Erhöhung des BAföGs einsetzen. Nur so können Menschen frei auswählen, welchen Bildungsweg sie einschlagen wollen.

An den Schulen darf es nicht mehr vorkommen, dass Schulen die Lehrbücher nicht zahlen, oder Schüler\*innen auf Klassenfahrten oder Exkursionen nicht mit können, weil sie sich die Fahrt nicht leisten können.



Schüler\*innen und Studierende müssen mehr Rechte und mehr Einfluss auf die Gestaltung des Lehrinhaltes bekommen, und für Auszubildende müssen mehr Möglichkeiten zur politischen Interessenvertretung geschaffen werden.

Damit **Mitwirkung** möglich ist, muss garantiert werden, dass das gesamte Bildungssystem demokratisiert wird.

Entscheidungsgremien an Schulen und Hochschulen müssen transparenter werden. Schüler\*innen und Studierende sollen eine stärkere Vertretung in Gremien bekommen. An Hochschulen bedeutet dies konkret, dass z.B. mehr studentische Vertreter\*innen im Senat sein müssen. Sitzungen müssen grundsätzlich öffentlich stattfinden.



Wir wollen **kritisches und selbstbestimmtes Lernen** anstelle von Disziplinarwesen. Dazu muss ganz konkret an der Lehre gearbeitet werden!

Seit der Bologna-Reform sind Studiengänge an den Hochschulen zunehmend auf Kernthemen verengt worden. Wir wollen, dass die Fächer an den Hochschulen wieder eine breitere Vielfalt aufweisen. Obwohl das Lernen der Inhalte auch eigenständig locker machbar wäre, gibt es nahezu überall Anwesenheitskontrollen. Dieser Anwesenheitszwang muss abgeschafft werden!

Viel zu oft scheitern Menschen am Leistungszwang in den (Hoch-)schulen. Bei der Zulassung an Hochschulen ist der Notenschnitt für ein Erfolg im Studium oft nicht relevant. Der Zugang zu Hochschulbildung muss unabhängig vom Notenschnitt offen für alle sein!



Außerhalb des Lehrplans bleibt den Lehrer\*innen und Schüler\*innen kaum Zeit um andere Themen zu erforschen und zu vertiefen. Die Vielfalt der Schüler\*innen ist eine große Chance für eine **vielseitige Bildung**. Statt Schüler\*innen wie bisher in ganz unterschiedliche Schulen zu trennen, fordern wir eine inklusive Schule für alle.

Wir sind überzeugt, dass das Lernen in der Gemeinschaft allen Schüler\*innen zugutekommt. Bisher ist dieses Konzept in Ba-Wü nicht gut umgesetzt, obwohl das möglich wäre. Wir fordern daher eine konsequente Weiterentwicklung und eine angemessene Ausfinanzierung der Gemeinschaftsschulen. Kleinere Klassen, mehr Lehrpersonal und Zeit für Exkursionen bieten hier einfache Lösungen für ein besseren Unterricht.



Das **Neutralitätsgebot** im Unterricht gewährleistet, dass die Lehrer\*innen verschiedene Sichtweisen beleuchten können. So wird eine kritische Bildung erst möglich. Diese Neutralität wird jedoch immer mehr untergraben obwohl sie gesichert und geschützt werden sollte! Die Kooperation zwischen Land und Bundeswehr muss abgeschafft werden!

Wir wollen, dass auf Landesebene eine **Zivil- und Transparenzklausel** für die öffentliche Forschung umgesetzt wird. Unser Ziel ist es, dass Forschung im Auftrag der öffentlichen Hand allen Bürger\*innen zur Verfügung steht und nicht dazu dient neue Arten des Tötens zu entwickeln. Die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung sollen der gesamten Gesellschaft zur Verfügung stehen.